

Themen aus dem Landtag (22. Tagung vom 15. bis 17. Mai 2019)

Waffenexporte sind zu Recht im Fokus

Regelmäßig tauchen auf der Liste der deutschen Rüstungs-Handelspartner hochproblematische Länder auf, Saudi-Arabien ist das prominenteste Beispiel der vergangenen Monate. Deutsche Waffen spielen in den Krisen- und Kriegsgebieten dieser Welt nach wie vor eine zentrale Rolle. Wir haben das zum Anlass genommen und das Thema auf die Tagung der letzten Landtagssitzung gesetzt. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Stegner:

Das Thema der Waffenexporte hat lange Zeit nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die es verdient hätte. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert – vermutlich auch deshalb, weil die Flüchtlinge in Europa uns die Folgen der Kriege und Konflikte in Afrika oder dem Nahen Osten direkt vor Augen führen. Und eins haben die Debatten über deutsche Waffenlieferungen in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt: Gut gemeint ist nur selten gut gemacht. Die Haltung der Deutschen zumindest ist klar wie bei kaum einem anderen Thema: In Umfragen lehnen 80 Prozent der Befragten Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab, rund zwei Drittel sind sogar generell gegen deutsche Waffenexporte.

Die Debatte über Waffenexporte hat in den letzten Wochen eine schräge Richtung genommen. Wenn man einigen Konservativen und Liberalen zuhört, bekommt man den Eindruck, nur wer eifrig Waffen an Diktaturen liefere, könne ein guter Europäer sein – wer sich länger als fünf Minuten mit europäischen Grundwerten beschäftigt hat, weiß: Das ist Unsinn. Aber es ist eben auch sachlich falsch, weil einige unter dem europäischen Vorwand Dinge von Deutschland fordern, die dem zuwiderlaufen, worauf die EU sich selber 2008 in einem Gemeinsamen Standpunkt verständigt hat. Das Problem ist nicht, dass Europa keine gemeinsame Linie hätte, sondern vielmehr, dass diese Linie nicht von allen konsequent eingehalten wird. Und wir freuen uns sehr, dass die Koalitionsfraktionen mit ihrem heutigen Alternativantrag noch einmal ausführlich den Gemeinsamen Standpunkt zitieren. Das ist fleißige Textarbeit, kann nicht schaden und bekräftigt, was wir Sozialdemokraten seit Wochen sagen. Aber ein wenig mehr als das, was auf europäischer Ebene der Kompromiss war und sicherlich als Mindeststandard für eine gemeinsame Rüstungspolitik taugen mag, wünschen wir uns schon – da ist unser Antrag deutlicher, weitergehender und besser.

Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist in den vergangenen Jahren auf Druck der SPD deutlich zurückhaltender geworden. Dennoch nimmt Deutschland im internationalen Waffenhandel nach wie vor eine zentrale Position ein. Kaum ein Konflikt weltweit, der ohne deutsche Waffen stattfände. Wenn wir über glaubwürdige Friedenspolitik sprechen, ist die Eindämmung von Rüstungsexporten ein Schlüssel.

Und zu Recht fordert die Industrie Planungssicherheit ein: Aufträge dürfen nicht davon abhängen, ob ein Land aktuell in den Schlagzeilen ist oder nicht. Stattdessen brauchen wir eine einheitliche und verlässliche Linie, die sich an unseren demokratischen Werten ausrichtet. Diese Linie kann für uns nur sein: keine Waffenexporte in Krisengebiete und Diktaturen! Und das gilt heute, morgen und übermorgen auch noch – ich würde mich freuen, wenn der Landtag heute dieses Signal senden würde.

Die Rede gibt es hier als Video: <https://youtu.be/OCDEwYk0qA4>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Misstände in der Paketbranche beseitigen!

Mit der Zunahme des Online-Handels steigt auch die Anzahl auszuliefernder Pakete. Es ist ein ungeheurer Druck, der auf den Angestellten der Paketbranche lastet. Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur letzten Landtags Sitzung eingebracht, der ihre Arbeitsbedingungen verbessern und Rechte stärken soll (Drs.19/1444). Dazu erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch:

„Arbeitnehmer müssen den sozialen Schutz erhalten, der ihnen zusteht. Deshalb fordern wir, die Nachunternehmerhaftung für die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen auf Unternehmen der Zustellbranche auszuweiten. Damit würden Unternehmen, die die Aufträge an Subunternehmen vergeben, auch dafür haften, dass Sozialversicherungsbeiträge ordentlich bezahlt werden. Wer sich entscheidet Arbeit auszulagern, muss für die Einhaltung von Gesetzen und guten Arbeitsbedingungen verantwortlich bleiben. Das Wachstum auf dem Paketmarkt findet überwiegend über prekäre Beschäftigung statt. Unter den fünf großen Paketdiensten in Deutschland arbeiten nur zwei Unternehmen überwiegend mit eigenen fest angestellten und tariflich bezahlten Beschäftigten. In den anderen Betrieben wird dagegen fast ausschließlich mit Subunternehmen gearbeitet, bei denen die Arbeitsbedingungen vielfach prekär sind. Dadurch geraten auch die Unternehmen unter Druck, die tarifgebunden sind, ihre Leute ordentlich bezahlen und Beiträge für ihre soziale Absicherung abzuführen. Die Ursachen für die Misstände in der Zustellbranche liegen vielfach im hohen Preisdruck bei der Auftragsvergabe sowie in der Auslagerung der Zustellung an Subunternehmen. Dort wird häufig gegen die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns verstoßen, Sozialbeiträge werden nicht ordnungsgemäß abgeführt oder Arbeitszeiten nicht ordnungsgemäß erfasst und dokumentiert. Deshalb fordern wir eine Erweiterung der Dokumentationspflichten zur Stärkung der Arbeitnehmerschutzrechte. Wir wollen Arbeitgeber dazu verpflichten, Beginn, Dauer und Ende der Arbeitszeit von Paketboten genau zu dokumentieren.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://youtu.be/ewa2kAdf1wE>

Als Politik stehen wir in der Verantwortung, den Straßenverkehr so sicher wie möglich zu machen!

Die SPD hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „Tempolimit auf der A7“ beantragt. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Es gibt kein anderes Industrieland, das auf seinen Autobahnen den ungebremsen Geschwindigkeitsrausch toleriert. Stattdessen ist Deutschland in einer Linie mit Afghanistan, Bhutan, Burundi, Haiti, Mauretanien, Myanmar, Nepal, Nordkorea, Somalia und Vanuatu. Selbst die USA, die ansonsten die persönliche Freiheit über alles stellen, haben ein Tempolimit. Aus guten Gründen: Die eigene Freiheit muss dort enden, wo man andere Menschen gefährdet.“

Ich bin mir sicher, dass es in zehn Jahren ein allgemeines Tempolimit auf deutschen Autobahnen geben wird. Aus rationalen Gründen spricht kaum etwas dagegen und umso mehr dafür: Die Unfallzahlen auf Autobahnabschnitten ohne Geschwindigkeitsbegrenzung liegen höher, die Zahl der Getöteten und Verletzten ist größer. Jedes Unfallopfer ist eines zu viel und wir als Politik stehen in der Verantwortung, den Straßenverkehr so sicher wie möglich zu machen. Vor dem Hintergrund wundere ich mich sehr über Aussagen wie zum Beispiel vom Kollegen Arp, ein Tempolimit sei Quatsch, denn man habe die A7 schließlich so geplant, dass möglichst schnell gefahren werden könne. Wir haben da eine andere Position. Und auch wenn aus meiner Sicht Verkehrssicherheit das überzeugendste Argument für eine Geschwindigkeitsbegrenzung ist, so ist es noch lange nicht das einzige. Tempolimits haben auch etwas mit Klimaschutz zu tun. So könnten dadurch von heute auf morgen laut Bundesumweltamt knapp 10 Prozent des CO2-

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Ausstoßes von PKW auf Autobahnen eingespart werden – das schafft keine andere Maßnahme. Auch der Verkehrsfluss wird gleichmäßiger, wenn diejenigen Autofahrer ausgebremst werden, die deutlich über der Richtgeschwindigkeit unterwegs sind. Das verhindert Staus und entspannt das Verkehrsgeschehen.

Die Argumente liegen also auf der Hand. Aber wieder einmal gibt es in der Koalition drei Partner mit mindestens zwei Positionen und in der Folge hat Schleswig-Holstein keine Linie. Ein weiteres Mal.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://youtu.be/OCDEwYk0qA4>

Plastikmüll hat verheerende Auswirkungen

Die SPD-Fraktion brachte einen Antrag in den Landtag ein, der ein Exportverbot von Plastikmüll ins Ausland vorsieht. (Drs. 19/1341) Dazu erklärt der SPD-Umweltpolitiker, Stefan Weber:

„Aus den Augen aus dem Sinn“ ist nicht das richtige Motto, wenn es um einen verantwortlichen Umgang mit Müll geht. Exportierte Plastikabfälle aus Industrieländern sind häufig so stark verunreinigt, dass sie nicht ohne weiteres recycelt oder auf andere Weise weiterverarbeitet werden können. Dadurch wird die Umwelt in ärmeren Ländern ruiniert. China hat deshalb 2018 den Import von stark verschmutzten Plastikabfällen gestoppt. Seitdem landen unsere Abfälle vor allem in Südostasien und der Türkei.

Berichte von verschiedenen Umweltschutzorganisationen verdeutlichen, dass der Müll, der nicht recycelt werden kann, in diesen Ländern meist einfach liegen bleibt. Als Folge werden Böden und Gewässer verschmutzt oder der Müll wird ohne Schutzvorkehrung zum Schaden der Bevölkerung verbrannt. Wir dürfen diese Probleme nicht länger ignorieren und sehen Deutschland und Europa in der Verantwortung, ihren Plastikmüll selbst zu sortieren, zu recyceln oder zu entsorgen.

Die Bundesregierung sollte den Export generell verbieten und ein solches Verbot auch auf EU-Ebene durchsetzen. Bis zur Umsetzung des Verbotes müssen die Exporte stärker auf Verunreinigungen kontrolliert werden. Dafür liegt die Zuständigkeit bei den Bundesländern.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://youtu.be/295fhwCoIE>

Feinde unserer Demokratie fest im Blick haben

Zur Vorstellung des diesjährigen Verfassungsschutzberichts (Drs. 19/1429) erklärt der Sprecher gegen Rechtsextremismus der SPD-Fraktion, Tobias von Pein:

„Die SPD lehnt jede Form von Gewalt – egal, womit diese scheinbar legitimiert wird – strikt ab! Dass die Anzahl Angehöriger der rechtsextremistischen Szene im Vergleich zum Vorjahr rückläufig ist, gibt keinen Anlass zur Beruhigung. Das Gefahrenpotenzial durch Rechtsextremismus bleibt weiterhin auf einem hohen Niveau. Insgesamt können dieser Szene derzeit 1.100 Personen zugerechnet werden – 400 davon gelten als gewaltbereit. Das zeigt, dass die Gefahr von Rechts weiterhin eine der zentralen Bedrohungen für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ist. Vor allem das Internet bietet für die sogenannten „Neuen Rechten“ eine Plattform, über die deren völkisch-nationalistisches und rassistisches Weltbild verbreitet werden kann. Eine erst kürzlich durch die SPD-Fraktion gestellte Kleine Anfrage hat gezeigt, dass Schleswig-Holstein auch kein Niemandsland bei der Ausrichtung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen ist. Zwar gab es 2018 kein Konzert, dafür aber zwei Liederabende und sechs sonstige rechtsextremistische Musikveranstaltungen. Es kann nicht angehen, dass derartige rechte Umtriebe

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

unterhalb der Wahrnehmungsschwelle gehalten werden, denn es gibt Rechten in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, sich gut zu vernetzen. Hier fordern wir ein konsequentes Vorgehen der Landesregierung gegen solche Strukturen. Zudem muss die Präventionsarbeit weiter gestärkt werden. Wir brauchen flächendeckend gute Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Der Bericht zeigt auch, dass die Mitgliederzahl der „Reichsbürgerbewegung“ in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist. War 2015 gerade einmal von 24 registrierten Szenemitgliedern die Rede, stieg diese Zahl im vorliegenden Berichtszeitraum auf 313 Personen. Spätestens seit 2016, als ein Reichsbürger in Bayern einen Polizeibeamten bei einer Waffenkontrolle ermordete, wissen wir, dass es sich bei Reichsbürgern eben keinesfalls um harmlose Spinner handelt. Niemand lacht seither mehr über diese, die Behörden lahmlegenden Verschwörungsideologen, die glauben, die Bundesrepublik Deutschland sei eine GmbH und noch immer besetzt, weshalb sie ihren Personalausweis reihenweise zurückgeben. Dass lediglich bei zwölf dieser Personen Bezüge zum organisierten Rechtsextremismus festgestellt werden konnten, kann kein Grund zur Entspannung sein, da die Dunkelziffer mit Sicherheit wesentlich höher ist.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://youtu.be/LzAzMjMhYYo>

Bei den großen Zukunftsfragen fehlt dieser Landesregierung der gemeinsame Kurs

Als erstes Bundesland in Deutschland hat Schleswig-Holstein unter Federführung der Staatskanzlei noch mit der SPD-geführten Küstenkoalition eine Landesentwicklungsstrategie 2030 bekommen. Die Strategie soll die Antwort auf zentrale Zukunftsfragen und ein Wegweiser für die längerfristige Orientierung unseres Landes sein. Seit Jamaika regiert liegt die Umsetzung der vereinbarten Ziele jedoch auf Eis. Zu unserem Antrag (Drs. 19/1459) erklärt die Sprecherin für Landesplanung und Landesentwicklung der SPD-Fraktion, Kirsten Eickhoff-Weber:

„Die Erarbeitung einer Landesentwicklungsstrategie für die Zukunft Schleswig-Holsteins war von Beginn an als ein gemeinsames Projekt der Landesregierung mit den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern vorgesehen.“

Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens sollten veröffentlicht und die Landesentwicklungsstrategie im 2. Quartal 2018 von der Landesregierung verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Und seitdem? Schweigen im Walde! Also haben wir als zuverlässige Opposition mit einer Kleinen Anfrage ([Drs. 19/1144](#)) nachgefragt. Die Antwort war, dass es Probleme bei einer Auftragsvergabe gab, dass die Finalisierung der LES ein rein regierungs- bzw. verwaltungsinterner Vorgang und eine Veröffentlichung der Dokumentation zum Beteiligungsverfahren nicht geplant sei. Immerhin war im Januar noch eine Finalisierung vorgesehen, die hat die Koalition jetzt auch noch aufgegeben! Das ist eine Bankrotterklärung. Die koalitionstragenden Fraktionen entziehen dem Ministerpräsidenten die Pflicht zur strategischen Rahmgebung.

Warum? Weil Jamaika sich in den großen Zukunftsfragen dieses Landes offensichtlich nicht auf einen gemeinsamen Kurs einigen kann! Und wieder ein Beweis dafür, dass diese Regierung keinen Respekt vor Bürgerbeteiligung hat. Bürgerdialoge, Regionalkonferenzen, Infoveranstaltungen vor Ort nur noch auf unterstem Niveau. Das ist all denjenigen, die sich in Beteiligungs- und Anhörungsverfahren die Mühe, die Arbeit machen, sich in komplexe Themen einarbeiten, Stellungnahmen formulieren, gegenüber respektlos.“

Die Rede gibt es hier als Video: <https://youtu.be/EKqU7J6k9EU>

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de